

«Es wird eine Weichenstellung»

Beat Brüllmann, Chef vom Amt für Volksschule, sagt im Interview, was 2026 für Thurgauer Schulen wichtig wird.

Interview: Sabrina Bächli

Im Grossen Rat ist vor wenigen Tagen eine Motion eingebracht worden, die ein kantoniales Handyverbot fordert. Was halten Sie davon?
Beat Brüllmann: Ich habe davon gehört, die Motion allerdings noch nicht gesehen. Die Forderung ist verständlich, grundsätzlich regeln aber insbesondere die Sekundarschulen im Thurgau schon heute den Umgang mit Handys. Nicht vergessen sollte man dabei, dass die Zeit, in der die Kinder in der Schule sind, nicht das grosse Problem ist in Bezug auf Handynutzung und Bildschirmzeit.

Sondern jene Zeit zu Hause? Genau. Es wäre entsprechend auch wichtig, die Eltern zu sensibilisieren.

Ein Projekt, das Bildungsdirektorin Denise Neuweiler angehen möchte. Sie hat die Bildschirmzeit in die kantonale Gesundheitsprävention einfließen lassen.
Ja. Der Regierungsrätin ist dieses Thema wirklich ein besonderes Anliegen.

Wie genau will man umsetzen, die Eltern mehr für den Handykonsum im Volksschulbereich zu sensibilisieren?
Im kommenden Jahr werden wir im März eine Tagung zum Thema Eltern und Schule abhalten. Die Elternbildung oder die Zusammenarbeit mit Eltern allgemein ist ein wichtiger Faktor in der Schule, der sich immer wieder verändert.

Inwiefern?
Als ich selbst noch unterrichtet habe, hatten die Eltern mehr Vertrauen in die Lehrerinnen und Lehrer. Sie waren zwar interessiert, was in der Schule läuft, ihr Mitgestaltungswille hielt sich aber in Grenzen. Dann ka-



Beat Brüllmann, Leiter des Amtes für Volksschule.

Bild: Ralph Ribi

men die sogenannten Helikoptereltern auf und nun dreht es sich in Zusammenhang mit Eltern vor allem ums Thema Handy, Bildschirmzeit oder auch Schulabsentismus. Es braucht eine intensivere Begegnung zwischen der Schule und den Eltern, und die Verantwortlichkeiten müssen geklärt werden. Denn die vielen verhaltensauffälligen Kinder und die steigende Sonderschulquote bereiten uns Sorgen. Die These, dass es weniger verhaltensauffällige Kinder gäbe, wenn sich die Eltern mit ihrem Nachwuchs, statt dem Handy auseinandersetzen würden, halte ich für prüfenswert.

Was bereitet Ihnen sonst noch Sorgen?

Es sind weniger Sorgen, vielmehr Herausforderungen. Etwa das Schülerwachstum. In Zürich gibt es in den kommenden Jahren wohl einen Schulkinder-Rückgang. Das ist im Thurgau sicher nicht so – die Prognosen zeigen für unseren Kanton weiterhin ein Wachstum. Wir benötigen weiterhin viele Lehrpersonen und eben auch Schulraum. Herausfordernd ist der Förderbereich. Dort geht es um die Tragfähigkeit der Schulen und das Sicherstellen der Sonderschulplätze.

Was hat im vergangenen Jahr gut funktioniert?
Die Stellenbesetzung der Lehrpersonen. Wir haben dieses Jahr die Stellensituation sehr engmaschig mit mehreren Umfragen

begleitet, um für die Zukunft bessere Erkenntnisse zu haben, einen allfälligen Lehrermangel schneller zu erkennen und schneller eingreifen zu können. Dieses Jahr hat die Stellenbesetzung gut geklappt. Dann haben wir die Begabtenförderung weiter ausgebaut, und die Übergänge zwischen Sek 1 und Sek 2 wollen wir flüssiger machen. Es ist wichtig, dass die Schulen wissen, welche Anforderungen Lehrbetriebe an ihre Lehrlinge stellen – und umgekehrt sollten die Lehrbetriebe wissen, was die Lehrlinge aus der Schule mitbringen.

Was ist mit dem Frühfranzösisch?
Dazu läuft ein Vorstoss im Grossen Rat, der bis Mitte Februar

beantwortet werden muss. Bis dahin kann ich natürlich nicht viel sagen. Für uns wird es aber eine Weichenstellung. Wenn wir wissen, was der Grosse Rat will, gehen wir entsprechend an die Umsetzung. Das Thema ist sehr komplex.

Eine Auswertung des selektiven Sprachobligatoriums ist auch noch hängig. Wie sieht es dort aus?
Der erste Jahrgang, bei dem das selektive Sprachobligatorium angewandt wurde, ist mittlerweile im Kindergarten. Grundsätzlich kann man sagen, dass die Erfahrungen positiv sind. Wir haben eine Umfrage durchgeführt, die wir derzeit noch auswerten. Mit den Resultaten ist im ersten Quartal des neuen Jahrs zu rechnen.

Gab es auch Missbrauch des Systems, dass Kinder, die schlecht Deutsch sprechen, gratis in die Kita oder Spielgruppe dürfen?
Ich schliesse es nicht aus, aber wir haben nichts davon gehört.

Mit Blick ins kommende Jahr: Wie begegnet die Thurgauer Schullandschaft den Herausforderungen mit Handy, Frühfranzösisch, steigenden Schülerzahlen und dem wachsenden Förderbedarf?
Grundsätzlich darf man sagen, dass die Thurgauer Schulen einen sehr guten Job machen. Behörden und Lehrpersonen zeigen ein sehr hohes Engagement. Wir vom Amt für Volksschule versuchen, die Schulen vor Ort mit individuellen Lösungen zu unterstützen. Den Brennpunkt Bildschirmzeit haben wir auf dem Radar, dazu gibt es im Frühling eine Tagung. Andere Themen, wie das Frühfranzösisch, leben von politischen Entscheiden. Dort werden wir aktiv, sobald diese gefällt sind.

Fehler, Rückstand und Kündigungen

Die Thurgauer Steuerverwaltung stand 2025 mehrfach in der Kritik. Hauptsächlich wegen eines Fehlers.

Sabrina Bächli

74'000 offene Fälle. So gross ist der Veranlagungsrückstand bei der Thurgauer Steuerbehörde per Ende November 2025. Damit konnte in diesem Jahr der maximale Veranlagungsrückstand von 108'000 Fällen um 34'000 Veranlagungen reduziert werden. Für das Jahr 2021 sind damit 99,7 Prozent aller Veranlagungen erledigt. Für die Steuerperiode 2022 sind 97,8 Prozent und für das Jahr 2023 79,2 Prozent erledigt. Für die Steuerperiode des Jahres 2024 beträgt der Veranlagungsstand 39,9 Prozent. Das sind die aktuellsten Zahlen aus der Steuerverwaltung, die Finanzdirektor Urs Martin auf Anfrage mitteilt. Die Steuerverwaltung hat jedoch im Jahr 2025 nicht nur we-

gen des Veranlagungsrückstandes Schlagzeilen gemacht. Anfang März hat diese Zeitung publik gemacht, dass bei den verschickten provisorischen Rechnungen zur Bundessteuer 2024 der pauschale Kinderabzug fehlt. Eine Anfrage bei der Thurgauer Steuerverwaltung zeigt, dass sich der Fehler wohl flächendeckend eingeschlichen hat. «Wir gehen davon aus, dass ein Grossteil der Rechnungen für Steuerpflichtige mit Kindern betroffen ist», schreibt Steuerverwaltungs-Chef Marcel Ruchet damals.
Am Ende zeigt sich, dass über 17'000 Thurgauerinnen und Thurgauer eine falsche Rechnung erhalten haben. Der Fehler basiere «auf einer falschen technischen Konfiguration, die infolge einer ungenü-

genden Testabdeckung durch die Steuerverwaltung nicht erkannt wurde», heisst es seitens des Kantons.
Vorwürfe gegen eine Vorgesetzte
Die Verzögerungen bei der Veranlagung, die falschen Rechnungen und der Personalmangel sind in der Verwaltung jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Insider erzählen von frapanten Führungsproblemen und 15 Kündigungen bei der Steuerverwaltung wegen einer Vorgesetzten. Die Negativschlagzeilen führten in der Verwaltung zu Verunsicherungen, sagte Amtschef Marcel Ruchet im Juni in einem Interview. Auf die anonym vorgebrachten Vorwürfe gegenüber der Vorgesetzten könne er nicht eingehen. Auf die

fehlerhaften Rechnungen nimmt Ruchet im Interview jedoch Bezug: «Ich habe volles Verständnis für den Ärger.» Mehrfach hat das Department



Marcel Ruchet ist Leiter der Thurgauer Steuerverwaltung.
Bild: Andrea Tina Stalder

für Finanzen und Soziales beim Grossen Rat Stellen für die Steuerverwaltung beantragt. Fürs Jahr 2025 wollte die Steuerverwaltung etwas über 43 Vollzeitstellen, um den Veranlagungstau zu beheben. Das Parlament bewilligte 28. Bis Ende 2026 müsste der Veranlagungstau behoben sein. Dass dies in einem Jahr zu schaffen ist, scheint fraglich. Finanzdirektor Urs Martin schreibt auf Anfrage: «Die dreimalige Nicht-Bewilligung der beantragten Stellen durch den Grossen Rat gefährdet die von diesem vorgegebene Zielerreichung mit der Abarbeitung des Veranlagungsrückstandes bis Ende 2026.» Die Mitarbeitenden würden jedoch mit Hochdruck daran arbeiten und bei den Veranlagungsexperten gebe es angeordnete Überzeit.

Jahresrückblick 2025

23. Januar Nach nur acht Monaten im Amt stirbt SP-Regierungsrätin Sonja Wiesmann unerwartet im Alter von 58 Jahren.

18. März Das Thurgauer Obergericht schickt den Fall Hefenhofen zurück auf Feld eins ans Bezirksgericht Arbon.

7. April Finanzdirektor Urs Martin stellt eine Aufgaben- und Verzichtsplanung vor.

17. Mai Zwei Insider erheben schwere Vorwürfe gegen eine Abteilungsleiterin in der kantonalen Steuerverwaltung. Finanzdirektor Urs Martin reicht wegen dieser Berichterstattung Beschwerde beim Presserat ein. Der Entscheid steht aus.

18. Mai Das Thurgauer Volk wählt die konkurrenzlose Ruth Faller Graf in den Regierungsrat und schafft die Liegenschaftensteuer deutlich ab.

3. Juni Das St. Galler Kantonsparlament will dem Thurgau Land für die Arealentwicklung Wil West verkaufen. Der Thurgauer Grosse Rat genehmigt den Vorvertrag. Doch in St. Gallen steht noch eine Volksabstimmung zu Wil West aus.

1. August Am Nationalfeiertag lädt die Gemeinde Wigoltingen den Rechtslibertären Markus Krall als Festredner ein. Sein Auftritt am 1. August ist höchst umstritten, geht aber ohne Zwischenfälle über die Bühne.

21. August Der Verband KVA Thurgau reicht in Weinfelden das Baugesuch für eine neue Kehrichtverbrennungsanlage für über eine halbe Milliarde Franken ein. Das Projekt ist umstritten, die Finanzierung ist derzeit ungewiss.

8. September Eine externe Untersuchung legt «erhebliche Mängel in der Führung und Organisation» des kantonalen Amtes für Denkmalpflege offen. Amtsleiter Giovanni Menghini geht in den vorzeitigen Ruhestand.

10. September Historisch: Der Kanton Thurgau ergreift erstmals ein Kantonsreferendum. Regierung und Parlament wollen so die Einführung der Individualbesteuerung verhindern.

28. September Das Thurgauer Stimmvolk lockert mit hauchdünner Mehrheit das Tanzverbot.

24. Oktober Die Ausschreibung für die Pacht des defizitären Gastgewerbes am Arenenberg endet. Wie es mit Gastronomie und Hotellerie weitergeht, ist bislang offen.

3. Dezember 42 Millionen Defizit: Der Grosse Rat verabschiedet das Budget des Kantons für 2026. (ste)